



PRESSEERKLÄRUNG · 09. Februar 2021

Wohnen in Heddernheim und Niederursel (PE)



- "Wohnen in Heddernheim und Niederursel" (PE)
- Öffentlicher Gesprächsabend
- am Dienstag, 09. Februar 2021,
- ab 18:30 Uhr (UTC+1).

Gutes Wohnen:

- Mieten müssen für Alle bezahlbar sein,
- Mietpreise deckeln.
- Bestandswohnungen in Sozialwohnungen umwandeln - zB durch ABG und Nassauische Heimstätte,
- Sozialbindung nicht befristen.
- Wohnungszweckentfremdung verhindern.
- Wohnungskonzerne vergesellschaften - zB Vonovia,
- Wohnungsgenossenschaften fördern.

Kommunalwahlprogramm Ffm 2021:

- "Wenn die öffentlichen Wohnungsgesellschaften bauen, sollen zu 100% geförderte Wohnungen entstehen. (Für ABG-Mieter*innen, die Anspruch auf eine Sozialwohnung haben, jedoch eine höhere Miete zahlen, soll die Miete gesenkt werden. Frei werdende Wohnungen sollen zu den Bedingungen des geförderten Wohnraums weitervermietet werden.)"
- "Sofern die zu bebauenden Grundstücke in öffentlicher Hand sind, sollen zu 100% geförderte Wohnungen entstehen, davon mindestens 50% Sozialwohnungen."
- "Die Hälfte aller Mieter*innen in Frankfurt (~ 46%) hat Anspruch auf eine Sozialwohnung mit Mietpreisen von höchstens 6,50 EUR je qm."
- "Die Quote geförderten Wohnraums muss deutlich erhöht werden, zumindest auf die 68% der Frankfurter Miethaushalte, die Anspruch auf eine geförderte Wohnung haben." ("Frankfurter Programms für den Neubau von bezahlbaren Mietwohnungen: Förderweg 2" (8,50 EUR bis 10,50 EUR je m²)
- "Bei neuen Baugebieten sollen mindestens 68% der Wohnbauflächen mit geförderten Wohnungen bebaut werden. Dies entspricht dem Anteil der Frankfurter Miethaushalte, die Anspruch auf eine geförderte Wohnung haben. (Sofern die zu bebauenden Grundstücke in öffentlicher Hand sind, sollen zu 100% geförderte Wohnungen entstehen, davon mindestens 50% Sozialwohnungen.)"

Mietentscheid Ffm 2018:

1. Maßnahmen:

1. Die ABG Frankfurt Holding schafft im Wohnungsneubau ab dem 01. September 2019 zu 100% geförderten Wohnraum für geringe und mittlere Einkommensschichten.
2. Die Mieten bei der ABG Frankfurt Holding werden ab dem 01. September 2019 für alle Bestandsmieterinnen und -mieter, die vom Einkommen her Anspruch auf eine Sozialwohnung haben, jedoch eine höhere Miete zahlen, auf maximal 6,50 EUR je m² abgesenkt.
3. Die ABG Frankfurt Holding vermietet ab dem 01. September 2019 ihre durch Mieterfluktuation frei werdenden freifinanzierten Wohnungen künftig zu den entsprechenden Preisniveaus und Belegungsbindungen des geförderten Wohnungsbaus, davon zwei Drittel analog zum derzeitigen Preisniveau des sozialen Wohnungsbaus von maximal 6,50 EUR je m² und ein Drittel auf dem derzeitigen Preisniveau des "Frankfurter Programms für den Neubau von bezahlbaren Mietwohnungen: Förderweg 2" (8,50 EUR bis 10,50 EUR je m²).

Begründung:

Seit Jahren steigen die Mieten in Frankfurt drastisch an und sind für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen kaum mehr bezahlbar. Gleichzeitig schwindet die Zahl an geförderten Wohnungen mit Preis- und Belegungsbindungen. Bei diesen sogenannten Sozialwohnungen handelt es sich um normale Wohnungen, deren Miete nur 5,-- EUR bis 6,50 EUR je m² betragen darf (Förderweg 1). Während es Anfang der 1990er Jahre noch knapp 70.000 solcher Wohnungen in Frankfurt gab, sind es heute nur noch 26.190 (Amt für Wohnungswesen, Stand 2016). Das Darmstädter Institut Wohnen und Umwelt hat ermittelt, dass 49% aller Frankfurter Miethaushalte vom Einkommen her Anspruch auf eine solche Sozialwohnung haben. Zusätzlich haben 19% aller Mieter und Mieterinnen einen Anspruch auf eine Wohnung im Frankfurter Mittelschichtsprogramm für 8,50 EUR bis 10,50 EUR je m² (Förderweg 2). Von denen gibt es in Frankfurt derzeit aber nur 4.575 Wohneinheiten (Amt für Wohnungswesen, Stand 2016). Zusammengenommen sind 68% aller Frankfurter Miethaushalte vom Einkommen her berechtigt, eine geförderte Wohnung zu beziehen. Allerdings befinden sich aktuell nur 8,5% aller Wohnungen in einer solchen Preisbindung. Um die Verdrängung der Frankfurterinnen und Frankfurter mit geringen und mittleren Einkommen zu verhindern und bezahlbaren Wohnraum für Alle zu sichern, ist es daher notwendig, deutlich mehr geförderte Wohnungen zu schaffen.

2. Finanzierung:

1. Kostenschätzung:
112,7 Mio. EUR je Jahr.
 - Davon entfallen 91 Mio. EUR auf Maßnahme 1 (Erhöhung der kommunalen Wohnungsbaufördermittel für 1.000 zusätzliche Wohnungen je Jahr),
 - 15,6 Mio. EUR auf Maßnahme 2
 - 6,1 Mio. EUR auf Maßnahme 3.Weitere Folgekosten fallen nicht an.
2. Finanzierungsvorschlag:
 - Die Finanzierung von Maßnahme 1 soll erfolgen durch eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes von derzeit 460 v.H. auf 490 v.H., wodurch Einnahmen in Höhe von 91 Mio. EUR je Jahr generiert werden.
 - Die Finanzierung von Maßnahme 2 und 3 soll erfolgen aus den Konzernjahresüberschüssen der ABG Frankfurt Holding (Jahresüberschuss 2017: 94,3 Mio. EUR).

[DIE LINKE. HEDDERNHEIM NIEDERURSEL - Kommunalwahlprogramm zur Ortsbeiratswahl 2021](#)
[DIE LINKE. HEDDERNHEIM NIEDERURSEL - Kurzwahlprogramm zur Ortsbeiratswahl 2021](#)

	Politisch - Aktuell - Konkret. Mit den Menschen - im Stadtteil - auf der Straße. Arbeit und Beruf - Frieden und Abrüstung - sozial und gerecht: Das muss drin sein.
	• KLAUS D. SCHULZE +49 - 171 - 121 79 81 • Allerheiligentor 2-4, 60311 Frankfurt am Main
	Mitglied werden!

DIE LINKE. HEDDERNHEIM NIEDERURSEL - Kommunalwahlprogramm zur Ortsbeiratswahl 2021

DIE LINKE. im Ortsbezirk 8 Heddernheim / Niederursel

Kommunalwahlprogramm zur Ortsbeiratswahl 2021

KWP_OB08_2021_Kw_Nc.pdf

Adobe Acrobat Dokument [1.7 MB]

Download

DIE LINKE. HEDDERNHEIM NIEDERURSEL - Kurzwahlprogramm zur Ortsbeiratswahl 2021

DIE LINKE. im Ortsbezirk 8 Heddernheim / Niederursel

Kurzwahlprogramm zur Ortsbeiratswahl 2021: "Wohnen" und "Verkehr"

2_2021_02_09idv_Wohnen_Nd.pdf

Adobe Acrobat Dokument [473.4 KB]

Download

Tags: [Nachricht2](#)